

Inhalt

Radencommunisme, erster Jahrgang, Nr. 7, Februar 1939.....	1
DER UNTERGANG DER „VOLKSFRONT“	1
ENTWICKLUNGSLINIEN IN DER FRANZÖSISCHEN POLITIK	1
I. EIN SOZIALER WANDEL.....	1
II. VON DER EINHEITSFRONT ZUR VOLKSFRONT.....	2
III. DER KURS DER SOZIALEN REFORMEN	3
IV. DIE GEGENOFFENSIVE	5
V. EINE BILANZ.....	7
DIE ILLUSION VON DER „VOLKSFRONT“	9
BARCELONA, DER ANFANG VOM ENDE.....	11
WAR DIE C.N.T. DER KAMPFVERBAND DER ARBEITER?.....	13
DER DEUTSCHE STAAT ALS UNTERNEHMER	15
DIE NIEDERLAGE IN SPANIEN UND NEUE PERSPEKTIVEN.....	16

Radencommunisme, erster Jahrgang, Nr. 7, Februar 1939

DER UNTERGANG DER „VOLKSFRONT“

ENTWICKLUNGSLINIEN IN DER FRANZÖSISCHEN POLITIK

I. EIN SOZIALER WANDEL

In den 28 Monaten zwischen dem Beginn der ersten Volksfrontregierung und dem „Generalstreik“ vom 30. November 1938 hat sich in Frankreich eine grundlegende Verschiebung der sozialen Kräfte vollzogen.

Während die Massenstreikbewegung im Sommer 1936 die politischen Initiativen in die Hände der Arbeiterparteien gelegt hatte, wurden diese unter den verschiedenen Volksfrontregierungen wieder schrittweise an die Vertreter des Großkapitals übertragen.

Die Entwicklung von der ersten Regierung Blum bis zur jetzigen Regierung Daladier war jedoch mehr als eine Ablösung der sozialdemokratischen Regierungsführung durch eine offen kapitalistische Interessenvertretung auf der Basis des traditionellen demokratisch-parlamentarischen Systems. Sie schuf die Voraussetzungen für die Umwandlung des Staates von einem demokratischen zu einem autoritären Regime.

Überraschend schnell und mit erstaunlicher Regelmäßigkeit scheint in Frankreich in zwei Jahren etwas entstanden zu sein, wofür Deutschland über viele und lange Umwege 14 Jahre brauchte.

Doch so sehr sich dieser Vergleich auch aufdrängt, er bleibt sehr oberflächlich. Frankreich ist durch seine Wirtschaftsstruktur, seine politischen Traditionen und Lebensformen, durch die Mentalität seiner Zivil- und Arbeiterbevölkerung weit von Deutschland entfernt, wo das organisatorische Beispiel des Militarismus zum Ideal auch der sozialdemokratischen Massenorganisationen geworden war.

Das entscheidende Motiv für den raschen Vormarsch und die Machtergreifung des Nationalsozialismus ergab sich aus dem Versinken des Landes in einer furchtbaren Wirtschaftskrise, in der sich die politische Macht des Monopolkapitals mit der Wirtschaft erschöpfte und der Aufstand des Kleinbürgertums den legalen Putsch ermöglichte.

In Frankreich war die Krise langwierig. Hier zeigten sich zwei weitere Motive für den Wandel der politischen Herrschaft. Nicht die Ohnmacht und Beseitigung der großen Monopole, sondern das Gegenteil: Die Expansion der Monopolgruppen im Schatten eines breiten staatlichen Schutzes führte zur Anpassung des Staates an eine noch immer vom Parlamentarismus gedeckte Diktatur. Politisch gesehen handelte es sich nicht um eine Revolte des Kleinbürgertums, sondern um eine interne Offensive des Großkapitals unter dem

Druck des ausländischen Angriffs auf das europäische Gleichgewicht, das mit dem System von Versailles zusammenbrach.

Damit ist die gesamte Position des französischen Imperialismus in Gefahr. Er steht ebenso wie die faschistischen Mächte vor der Aufgabe, sein wirtschaftliches und politisches System auf den Kriegszustand umzustellen.

Diese Umstellung ist innen- und außenpolitisch völlig legal.

Nachdem sich die französischen Arbeiterparteien im Rahmen der Volksfront zusammengeschlossen hatten – so dass ihr Handeln ebenso eingeschränkt war wie das der deutschen Sozialdemokratie mit ihrer Koalitionspolitik und ihren „wirtschaftsdemokratischen“ Perspektiven –, konnten sie sich der Logik dieser Entwicklung nicht mehr entziehen. Zunächst bereiteten sie den Weg für den autoritären Wandel, doch schon bald wurden sie dessen Opfer.

In diesem Prozess wurde der Volksfront eine bestimmte Funktion zugewiesen, die von den Parteien überhaupt nicht gewollt war, woraufhin sie zusammenbrach.

II. VON DER EINHEITSFRONT ZUR VOLKSFRONT

Die französische Demokratie war bereits unter den Nachwirkungen der letzten Weltwirtschaftskrise ins Wanken geraten. Bereits 1933 konnte der extreme Flügel der französischen Reaktionäre, nicht zuletzt durch das inspirierende Beispiel der Machtergreifung Hitlers, seine Aktivitäten verstärken. Die faschistische Bewegung von Oberstleutnant de la Rocque startete auf ihre Weise propagandistische und subversive Angriffe, bei denen nach einem bewährten Rezept die Provinz gegen die Hauptstadt ausgespielt werden sollte. Der Versuch selbst wurde mit unzureichenden Kräften unternommen; er fand auf einem gesellschaftlich noch nicht ausreichend aufgewühlten Boden statt. Mit ihren Verschwörungen und Putschmethoden gegen den Staat sind die Feuerkreuzler [Mitglieder des „Croix de Feu“] in eine Sackgasse geraten. So erreichten sie nur eine rasche Gegenmobilisierung der noch immer unbesiegtten Arbeiterbewegung, die sie an Kraft und politischem Engagement schnell übertraf.

Die blutigen Zusammenstöße zwischen dem Vormarsch der faschistischen Ligen und den Gegendemonstrationen der Arbeiter im Februar 1934 waren der Ausgangspunkt für eine meist spontane Mobilisierung der Arbeitermassen, unter deren Druck im Juli 1934 das Einheitsfrontabkommen zwischen der sozialistischen und der kommunistischen Partei geschlossen wurde.

Es folgte ein stetiges Wachstum der Organisationen, zunächst der Zusammenschluss der Arbeitersportverbände beider Richtungen, dann im Herbst 1935 die Vereinigung der Gewerkschaften.

Die französischen Arbeiter begannen, ihr Gefühl der Stärke, das sie im Kampf gegen die Ligen gewonnen hatten, in Organisation umzusetzen, nachdem sie auf breiter Front in direkter Aktion gegen die faschistischen Ligen vorgegangen waren.

Aber das würde sich nicht einfach als Machtzuwachs zeigen. Zunächst einmal stellte sich die Frage: Faschismus oder revolutionäre Aktion.

Diese Frage wird oft zu Beginn einer entscheidenden gesellschaftlichen Wende mit Klarheit gestellt, um dann im Verlauf des Ereignisses mit seinen Komplikationen und der Vermischung der in Gang gesetzten Faktoren zu verblassen und scheinbar konservativen „friedlichen“ Möglichkeiten Platz zu machen, um dann am Ende mit aller Schärfe wieder aufzutauchen.

Die Erfahrung zeigt jedoch, dass die Entscheidung, die dann für alle sichtbar ist, bereits bei den ersten Schritten getroffen wurde. In der Zwischenzeit hat sie nur Zeit, ihre bisherigen Methoden auszuprobieren und auszuschöpfen, Zeit für eine fortgesetzte „legale“ Revision der sozialen Grundlagen des Landes und seiner Wirtschaftspolitik und für die Reifung ihrer scheinbar noch demokratischen Regierungsmethoden.

Das Land begnügt sich mit dem Zustand des konservativen Parlamentarismus, um unter dessen Deckmantel die tiefgreifenden Veränderungen des Gesellschaftssystems einzuleiten und die Kräfte, die sich der faschistischen Umgestaltung entgegenstellen, sich in kleinen Aktionen erschöpfen, sich an falschen Fronten aufopfern und so weich werden zu lassen.

Da die Einheitsfrontparteien ihr Aktionsprogramm darauf beschränkten, die Auflösung der Ligen durch den Staatsapparat, eine Wahlreform und neue Parlamentswahlen zu fordern, bestimmten sie ihr weiteres Schicksal.

Gegen den „Faschismus“ schlugen sie keine revolutionäre Aktion vor, sondern eine konservative Politik.

Ihre Parolen lauten: gegen Faschismus! Aber sie haben nicht einmal verstanden, dass die „faschistische Gefahr“ ihre radikalsten sozialen Schrittmacher nicht in den Ligen hat, sondern dass diese Gefahr gerade in

jenen unmerklichen sozialen Prozessen liegt, in denen sich die kapitalistische Wirtschaft umwandelt und in denen die liberalistischen Methoden der gemeinsamen Staatspolitik demontiert werden.

Wie die deutsche Sozialdemokratie warf sie sich aus Angst vor den faschistischen Organisationen in die Arme eines Staatsapparats, der in seiner stillen Tätigkeit die politischen Voraussetzungen für die autoritäre Umgestaltung der Gesellschaft zu schaffen begann.

Auch die Führung der französischen Arbeiterbewegung verstand nicht, dass das Auftauchen einer „ernsthaften faschistischen Gefahr“ nur ein Zeichen dafür war, dass der gegenwärtige Zustand, insbesondere die politische Konstellation des Landes, auf Dauer nicht aufrechterhalten werden konnte.

Denn die „faschistische Gefahr“ ist an sich das Ergebnis einer beginnenden Transformation der Gesellschaft, in der ihre materielle Existenz in Widerspruch zu ihren politischen Grundlagen geraten ist.

Deshalb kann der faschistische Angriff auf die sozialen Gelenke der Gesellschaft nicht mit der Verteidigung dieser Gesellschaft beantwortet werden, sondern mit dem revolutionären Gegenangriff, mit dem Sieg über die soziale Krise durch die sozialistische Lösung der Frage, d.h. durch die revolutionäre Umwälzung der gesamten Gesellschaftsstruktur.

Die Verteidigung der bestehenden Gesellschaftsordnung bedeutet nichts anderes als die Verteidigung der Gesellschaftsordnung, aus der die faschistischen Tendenzen erwachsen. So führt jeder vorübergehende „Sieg“ der „Demokratie“ über den „Faschismus“ zur Stabilisierung einer Situation, aus der zwangsläufig stärkere faschistische Offensiven erwachsen müssen.

In dieser Situation hatten sich die französischen Arbeiterparteien bereits befunden, als sie die Einheitsfront, die von den Arbeitern als Klassenkampf verstanden wurde, offen zur Bewegung für die politische Versöhnung der Klassen, der Volksfront, ausweiteten.

Das Bündnis mit den radikalen Sozialisten war eine offensichtliche Folge ihrer konservativen Politik, die unter dem negativen Vorzeichen einer antifaschistischen Politik stand, die sich auf den Kampf gegen die Ligen beschränkte.

Der „Bastille-Schwur“ vom 14. Juli 1935, die gemeinsame Demonstration der drei großen demokratischen Parteien in Paris, wurde praktisch nur durch das französisch-russische Bündnis ermöglicht, das Laval und Stalin im Mai geschlossen hatten.

Nachdem es der sowjetischen Regierung nicht gelungen war, einen „Sicherheitsvertrag“ mit dem Nationalsozialismus abzuschließen, musste sie ein Bündnis mit dem französischen Imperialismus eingehen, für dessen Unterstützung die Komintern ihrer französischen Sektion eine Politik der Loyalität, der Akzeptanz der Ausweitung der Verteidigung und der gemäßigten Reformen auferlegte.

Zweifellos hat diese Politik einen großen Anteil an der katastrophalen Lage, in der sich die französische Arbeiterbewegung befindet. Aber es wäre eine große Überschätzung der Macht der Moskauer Internationale, wenn man die Ergebnisse der Volksfrontpolitik allein ihr anlasten würde!

Es ist eine Tatsache, dass die P.C.F. mit ihrer Politik eine starke Anhängerschaft in den Arbeitermassen fand. Der Rausch der Vereinigung verhinderte ein weiteres politisches Bewusstsein; die Politik der Volksfront schien den Weg des geringsten Widerstands zu weisen, um materielle Vorteile und politische Sicherheit zu erreichen.

Noch inmitten starker spontaner Bewegungen entwickelte sich in den Arbeitermassen ein später Neoreformismus, der mit wenig veränderten Methoden Wege beschritt, die schon die deutsche und österreichische Arbeiterbewegung ruiniert und die Arbeiterbewegungen anderer Länder in einen Zustand der Ohnmacht gebracht hatten.

III. DER KURS DER SOZIALEN REFORMEN

Die Bildung der Volksfront gab dem Enthusiasmus und der Aktivität der Massen einen weiteren Schub.

Bürgerliche Kreise unterstützten die Volksfront aus vielen Gründen. Für die radikalen Sozialisten war die Front in erster Linie eine Folge des Paktes mit der Sowjetunion; ihre Anhänger sahen in ihr eine demokratische Aktion, zu der ein großer Teil des französischen Kleinbürgertums bis hin zu den Reichen bereit war.

Zumindest die höheren kapitalistischen Kreise tolerierten sie, da sie zu Recht davon ausgehen konnten, dass sowohl die Führung der radikalen sozialistischen Partei als auch der Senat mäßigend und kontrollierend eingreifen konnten, solange die Bewegung auf parlamentarischem Boden blieb.

Die Mehrheit des Bürgertums, die vorläufig noch bereit war, ihre traditionelle, demokratische Regierungsform zu verteidigen, sympathisierte mit dem Kampf der Arbeiter gegen die faschistischen

Verbände. Später jedoch nutzten sie die „faschistische Gefahr“, um die gefährlichen politischen Energien der mobilisierten Arbeitermassen von möglichen sozialistischen Konsequenzen auf konservative politische Ziele umzulenken, im Kampf gegen die wirtschaftliche Diktatur der „200 Familien“, im Rahmen sozialpolitischer Reformen, um den Schlag gegen die wahren Herren Frankreichs auf die Feuerkreuzfahrer¹ und Cagouards² umzulenken.

Es ist nicht das erste Mal in der Nachkriegszeit, dass die Bourgeoisie den sozialen Widerstand der Arbeiterklasse in einer angespannten Situation nutzt, um ihre eigene schwache Position zu schützen.

Der Kapp-Putsch gab der deutschen Bourgeoisie eine gute Gelegenheit, die immer noch beträchtliche Kampfkraft der deutschen Arbeiter gegen die „Reaktion“ der wildgewordenen Freikorpsführer und unvorsichtigen Putschisten einzusetzen und ihre drohende Macht auf dem Rücken des offiziell erlaubten und willkommenen „glorreichen“ Generalstreiks zu etablieren.

Die bezwungenen Freikorps wurden dann im sozialen Kampf gegen die Arbeiter mobilisiert, die gerade durch ihr „diszipliniertes“ Handeln den Ausbruch des Bürgerkriegs verhindert hatten, d.h. die freiwillig auf ihre eigene Machtpolitik und die darin liegenden sozialistischen Möglichkeiten verzichtet hatten.

Und wie 1920 in Deutschland, so waren es 1936 in Frankreich die führenden Organisationen der Arbeiterbewegung, die ein solches Manöver nicht nur möglich machten, sondern auch durchsetzten!

Der parlamentarische Erfolg der Volksfront, der nach langen Verhandlungen zum ersten Blum-Kabinett führte, wurde von einer spontanen Streikwelle begleitet, auf deren Höhepunkt sich nach offiziellen Angaben 1½ Millionen Arbeiter gleichzeitig im Kampf befanden. Das enorm gewachsene Machtbewusstsein der Arbeiter manifestierte sich in elementaren Kämpfen.

Plötzlich waren sie sich ihrer schlechten Lebensbedingungen bewusst, die auf das allgemein rückständige Wirtschaftssystem des Landes und dessen weiteren Verfall durch die lang anhaltende Krise zurückzuführen waren.

Für die Führer der Volksfront war diese Streikbewegung nicht weniger lästig als für die Bourgeoisie bei der Annahme der Regierung. Die Volksfront hatte sich auf ein genau definiertes und abgegrenztes sozialpolitisches Reformprogramm beschränkt, das durch ruhige parlamentarische Arbeit umgesetzt werden sollte. Stattdessen drohte die Streikwelle nun, sich über alle Schranken hinweg auszubreiten und die Regierungskoalition selbst zu zerstören.

Die Regierung beschloss zwei Tage nach ihrem ersten Auftreten in aller Eile eine Lohnerhöhung von 7-15 % und die Akzeptanz der Betriebsdelegierten von acht Millionen Arbeitern. Nur eine Woche später, während der Streik unvermindert fortgesetzt wurde, verabschiedete die Abgeordnetenkammer Gesetze zur 40-Stunden-Woche, zum 14-tägigen Betriebsurlaub, zu Tarifverhandlungen und zur Wahl von Betriebsdelegierten.

Die Unternehmer, sichtlich beeindruckt von der Stärke der Streikbewegung, lenkte auf breiter Front ein, erkannte die Erklärungen der Regierung an, zahlte die Lohnerhöhungen und schloss gelegentlich freiwillige Vereinbarungen mit den Delegierten.

Der reaktionäre Senat billigte in aller Eile die Sozialgesetze, die sofort in Kraft traten. Die französische Bourgeoisie akzeptierte die sozialpolitischen Forderungen der Arbeiter, um die weniger angenehmen Folgen der Besetzung zu vermeiden, die Arbeiter mit materiellen Versprechungen zu beschwichtigen und ihre eigenständige politische Machtausweitung zu verhindern.

In dieselbe Richtung ging die Blum-Regierung mit Unterstützung der Führer der beiden Arbeiterparteien, die wiederholt in die Betriebe gingen, um den Arbeitern Disziplin zu predigen und sie zur Rückkehr an die Arbeit zu bewegen.

Vor allem aber intervenierten die Arbeiterparteien, um die Bewegung auf rein soziale Reformen auszurichten, die den Wünschen der Unternehmer entsprachen, und um zu verhindern, dass der Kampf einen politischen Charakter annahm.

¹ Das Feuerkreuz (französisch: Croix du Feu) war eine belgische militärische Auszeichnung, die allen Inhabern der so genannten „Feuerkarte“ verliehen wurde, die während des Ersten Weltkriegs mindestens 32 Monate an der Front waren. Die Medaille wurde am 6. Februar 1934 durch königlichen Erlass eingeführt (siehe Wikipedia)

² La Cagoule ist der allgemeine Name des Comité secret d'action révolutionnaire, einer rechtsextremen Geheimorganisation in Frankreich, die in den 1930er Jahren mehrere Anschläge verübte und versuchte, das Regime der Dritten Republik zu stürzen. (siehe Wikipedia)

Der Triumph der sozialpolitischen Forderungen der Volksfront, deren Erfüllung ausschließlich der Streikwelle zu verdanken war, wurde mit dieser hart erkämpften Einschränkung zur Einleitung der Kapitulation.

Kaum im Amt, tritt Blum vor der Pariser Handelskammer auf, um sich vor den Vertretern des Großkapitals für die Massenstreiks zu rechtfertigen, deren Folgen bereits zu spüren sind. Hier wusste man ihn zur Versicherung zu bringen, dass er gegen die Versuche der Arbeiter mehrerer großer Betriebe vorgehen würde, die durch die Beseitigung der Manager die Produktion selbst in Gang setzen wollten.

Im Parlament erklärte Blum die Betriebsbesetzungen ebenfalls für „illegal“, lehnte aber ein gewaltsames Eingreifen ab.

Es besteht kein Zweifel daran, dass die französischen Arbeitermassen im Sommer 1936 an der Schwelle zu einer revolutionären Intervention in den sozialen Aufbau des Landes standen, und zwar nur durch die Form des Kampfes der Betriebsbesetzung, die sie selbst entdeckt und in höchstem Maße angewandt hatten.

Obwohl ihre Forderungen auf materielle Verbesserungen im Rahmen der gegebenen wirtschaftlichen Verhältnisse abzielten, begannen große revolutionäre Aktionen der Arbeiterklasse überall mit vergleichsweise unbedeutenden Forderungen.

Die Spontaneität und Massivität der Aktion selbst birgt revolutionäre Möglichkeiten in sich, derer sich die Massen zunächst nicht bewusst waren. Ihre Führungskräfte hatten es in der Hand, sie auf diese Möglichkeiten aufmerksam zu machen und sie zu ihrer Verwirklichung zu führen.

Aber sie hatten es in der Hand, diese Konsequenzen zu vermeiden, denn die Bewegung war noch zu flach für einen spontanen Übergang zu entschlossenen Angriffen und Aktionen, und ihr schnelles und einfaches Ergebnis ließ die Anstrengung fast wie einen Schlag in die Luft erscheinen, während ein schärferer Widerstand die Energie und das Bewusstsein der Massen wahrscheinlich verzehnfacht hätte.

Die Taktik der französischen Bourgeoisie erwies sich dank der Unterstützung durch die Volksfrontregierung und die Arbeiterführer beider Parteien als erfolgreich. In dem Moment, in dem sie Blums gesamtes gesellschaftspolitisches Programm akzeptierte, rettete sie nicht nur ihre unmittelbare Existenz, sondern nahm auch ihren zukünftigen Sieg über die Arbeiterklasse vorweg.

IV. DIE GEGENOFFENSIVE

Die Gegenoffensive des französischen Kapitals begann mit einem Ausweichmanöver wirtschaftlicher Natur, das die politischen Ergebnisse des ersten Kabinetts der Volksfront von Anfang an untergrub.

Die „200 Familien“ verübten stille, aber umfangreiche Sabotageakte. Vierzehn Tage nach dem Amtsantritt der Regierung Blum waren 25 Milliarden Franken durch Kapitalflucht und weitere 30-40 Milliarden durch das „Verstecken“ von Gold und Banknoten aus der Wirtschaft abgezogen worden.

Die Volksfrontparteien wussten – abgesehen von einigen leeren Drohungen gegen die großen Finanziere – auf diese bewusste Verschärfung der Krise nur mit einem immer dringlicheren Appell an die Arbeiterklasse zu reagieren, sich mit den erzielten Ergebnissen zufrieden zu geben, ihre Forderungen auf die des Programms der Volksfront zu beschränken und diszipliniert an die Arbeit zurückzukehren.

Trotzdem dauerte es bis Ende Juli, bevor die Streikwelle endgültig abebbte.

Der Niedergang und das Scheitern des Arbeitskampfes ermöglichte es der Bourgeoisie, sofort auch die parlamentarische Arena anzugreifen.

Bereits am 6. August beschloss der Senat, dass für das Programm der Arbeitsbeschaffung der Regierung Blum, für das insgesamt 20 Milliarden Franken benötigt wurden, bis Ende des Jahres nur eine Milliarde Franken ausgegeben werden können. Ende September musste die Regierung die erste Abwertung des Frankens beschließen, ohne die Lohn- und Lebensmittelindizes entsprechend festlegen zu können, wie es die Gewerkschaften forderten.

Im Dezember und Januar konnten die Regelungen für ein obligatorisches Schiedsgericht nur mit Mühe durchgesetzt werden; der Senat beschloss, die Artikel zur Landwirtschaft aus diesem Gesetzentwurf zu streichen.

Wirtschaftlich befand sich das Land im Spannungsfeld zwischen steigenden Preisen und Kapitalflucht; politisch entglitt es der Führung der Volksfront, die zwar noch regierte, aber nicht mehr den Kurs bestimmte.

Am 9. Februar forderte ein Mitglied des Senats eine „Atempause“ bei den Sozialreformen; vierzehn Tage später wurde diese „Pause“ von Blum in einer Rede in St.-Nazaire angekündigt.

Im April forderte Jouhaux die Verstaatlichung der Versicherungsunternehmen, um zehn Milliarden für die Arbeitsbeschaffung aufzubringen. Die Regierung antwortete, dass solche Projekte auf bessere Zeiten verschoben werden sollten.

Die Pause erwies sich als Schlussstrich unter die Sozialreformen. Für die Arbeiter blieben vorerst zwei wesentliche Errungenschaften: die Fünftageweche, die Ende 1936 und Anfang 1937 in den wichtigsten Industriezweigen, auch im Bankwesen, eingeführt wurde, und der bezahlte Zwangsurlaub.

Die beiden weiteren Maßnahmen der Blum'schen Reformen, die Anerkennung von Betriebsdelegierten und das obligatorische Schiedsgericht, mussten ihre Bedeutung noch unter Beweis stellen.

Die ständige Aktivität der Arbeiterklasse in Form der wiederkehrenden Streiks in den verschiedenen Teilen des Landes zwang die Bourgeoisie, ihre Schwächungstaktik mit Vorsicht fortzusetzen.

Nach einem Jahr in der Regierung wurde Blum schließlich durch die Verweigerung der geforderten Finanzvollmachten vom Senat gestürzt.

Chautemps bildete das neue Kabinett der Volksfront mit einer radikalen sozialistischen Mehrheit.

Er leitete sofort die zweite Abwertung des Franc ein; Ende Juli wurde der von der Volksfront ernannte Gouverneur der Bank von Frankreich, Labeyrie, seines Amtes enthoben. Die Schlüssel zur gesamten Finanzpolitik des Landes wurden in die Hände von Fournier, dem Vertrauensmann des Finanzkapitals, gelegt, das damit eine entscheidende Position zurückgewann.

Sechs Monate später, Mitte Januar 1938, führte ein Versuch der Sozialisten, die Regierung nach links und rechts zu erweitern, zu einer weiteren Niederlage, die mit dem Ausscheiden der sozialistischen Minister aus der Regierung einherging.

Mitten in der europäischen Krise, die durch die Besetzung Österreichs noch verschärft wurde, wurde ein neues Kabinett Blum gebildet, das sich jedoch aufgrund der neuen Streiks in der Rüstungsindustrie und der scharfen Sabotage durch die Unternehmer kaum zwei Monate halten konnte.

Der Senat hat das Kabinett zu Fall gebracht, indem er neue Finanzvollmachten abgelehnt hat.

Daladier übernahm die Regierung, wobei er die Sozialisten ignorierte und sein Kabinett nach rechts außerhalb des Rahmens der Volksfront erweiterte.

Er begann die Arbeit seiner Regierung mit einer dritten Abwertung des Francs, gefolgt von starken Maßnahmen zur Beilegung von Arbeitskonflikten. Die Lohnforderungen der Arbeiter wurden abgelehnt – die 45-Stunden-Woche wurde für die Rüstungsindustrie eingeführt.

Hatten sich die Radikalsozialisten in dieser Entwicklung bisher damit begnügt, die politische Aktivität der sozialistischen Partei zu bremsen, so wie diese den Elan der Massen im Rahmen der parlamentarischen Aktion einschränkte, so übernahmen sie nun die Funktion, die bisher der Senat innehatte: Sie beteiligten sich an der Führung der Offensive gegen die sozialpolitischen Eroberungen.

Damit hatte die Volksfront ihre Aufgabe erfüllt.

Im Jahr 1936 hatten die Arbeiterorganisationen davon abgesehen, auf eine politische Entscheidung zu drängen. Logischerweise gerieten sie so in das Schlepptau ihres bürgerlichen Verbündeten, der auf dem Gebiet der parlamentarischen Manöver gerade deshalb der Stärkste sein musste, weil die Initiative der Massen ausgeschaltet worden war.

Innerhalb von nur zwei Jahren wurden die Arbeiterparteien so geschwächt, dass sie in Bezug auf die außenpolitischen Schwierigkeiten des Landes im Zaum gehalten und ganz beiseitegeschoben werden konnten.

Als Daladier im Oktober 1938 auf dem Kongress der radikalen sozialistischen Partei mit seinem Angriff auf die Kommunistische Partei Frankreichs die Auflösung der Volksfront verkündete, beschrieb er eine Situation, die sich bereits im Sommer in den politischen Kräfteverhältnissen des Landes abgezeichnet hatte. Im Komitee der Volksfront waren die Arbeiterparteien und an der ökonomischen Front die Gewerkschaftsführer nicht mehr in der Lage, die Infragestellung und Aushöhlung der 40-Stunden-Woche zu verhindern, ebenso wenig wie den Einsatz des Militärs zur Verhinderung des Streiks im Hafen von Marseille.

Als Daladier schließlich den „Dreijahresplan“ von Reynaud auf den Tisch legte, das parlamentarische Recht durch Dekrete ersetzte, die 40-Stunden-Woche abschaffte, die Streikfreiheit einschränkte und schließlich gegen den „Generalstreik“ Polizei und Militär mit der Exekutivgewalt ausstattete, tat er dies nur auf der Grundlage der realen Machtverschiebungen, die im Lande stattgefunden hatten.

Damit wurde nicht nur das alte politische Gleichgewicht wiederhergestellt, das drei Jahre zuvor bestanden hatte. Die innenpolitische Entwicklung selbst, die Entwicklung einer weitreichenden protektionistischen Wirtschaftspolitik durch den Staat und der außenpolitische Druck des deutschen Faschismus zwangen die

französische Bourgeoisie, die parlamentarische Demokratie aufzugeben, die heute nur noch der Form nach existiert.

Wie in Deutschland wurde dieser Wandel auch in Frankreich vom demokratischen Flügel der Bourgeoisie vollzogen.

Im Deutschland der 1930er Jahre war es nicht irgendeine rechte Regierung, sondern das demokratische Zentrum – der langjährige Verbündete der Sozialdemokratie –, das das Regime der Notverordnungen einführte. In Frankreich gingen die radikalen Sozialisten im Herbst 1938 zum Regime der „decrees lois“ (Gesetzesdekrete) über, zum autoritären Regime auf der Grundlage des Parlamentarismus, der langsam und Schritt für Schritt seiner politischen Funktion beraubt wurde.

Das war das Schicksal der französischen Arbeiterbewegung. Angesichts der Angriffe der putschistisch-faschistischen Organisationen hatte sie sich auf Massenaktionen im Rahmen der parlamentarischen Legalität verlassen. Die spontane, unvorhersehbare Angriffsbewegung der arbeitenden Massen löste sich auf in den Rahmen der parlamentarischen Reform. Sie versuchte, die parlamentarischen Reformen mit Mitteln zu verteidigen, die den Parlamentarismus selbst einschränkten. Auf dem Boden der eingeschränkten Legalität kapitulierte sie vor der Sabotage und der Diktatur der großkapitalistischen Kräfte im Lande. Indem sie sich von diesen Kräften zurückzog, verlor sie ihre parlamentarischen Positionen; sie sah zu, wie die politische Macht vollständig in die Hände ihres radikal-sozialistischen Verbündeten überging.

Angesichts der ausländischen Bedrohung des französischen imperialistischen Systems kapitulierte sie vor dem reaktionären Kurs der bürgerlichen Demokratie.

Bereits machtlos, musste sie zusehen, wie diese Demokratie aus den gleichen Gründen die Abschaffung des Parlamentarismus beschleunigte und erst Halt machte, nachdem autoritäre Regierungsmethoden eingeführt worden waren.

Die Kampagne der Volksfrontkoalition *begann* mit der demokratischen Abwehr der „faschistischen Gefahr“ im Innern und endete mit der Organisation von legalfaschistischen Methoden zur Abwehr der „faschistischen Gefahr“ aus dem Ausland. Gegen ihren eigenen Willen machten sich die Arbeiterparteien zu Schrittmachern dieser Transformation des politischen Regimes, weil sie revolutionäre Störungen und damit Entscheidungen im Moment der stärksten Entwicklung der Arbeiterklasse vermeiden wollten. Ihr Appell an die Demokratie wurde zum Wegbereiter für das autoritäre Regime.

V. EINE BILANZ

Wenn man von der antifaschistischen Propaganda der III. und IV. Internationale ausgeht, dann hatte die Führung der französischen Arbeiterbewegung 1936 nicht nur eine innenpolitische, sondern auch eine außenpolitische Chance vertan, die für das künftige Schicksal Europas von größter Bedeutung hätte sein können. Sie war in der glücklichen Lage, auf dem Höhepunkt ihrer Macht unerwartet große Chancen zu haben, als die spanischen Arbeiter den Aufstand der Generäle mit ihren revolutionären Aktionen beantworteten.

Es war ihre Pflicht, im Interesse der spanischen Revolution die Entscheidung in ihrem eigenen Land zu beschleunigen. Gemäß der propagandistischen Phraseologie ihrer Parteien war es ihre Pflicht gewesen, sich konsequent hinter den revolutionären Flügel in der Spanischen Republik zu stellen und die rasche Niederschlagung des Generalaufstandes zu ermöglichen, bevor sich das faschistische Italien zum Eingreifen entschließen konnte.

Wenn die Ansicht richtig ist, dass es in Europa nur noch eine einzige Gelegenheit gab, dem Hitlerfaschismus einen entschlossenen ausländischen Gegner entgegenzusetzen, dann war dies 1936, als sich die beiden großen lateinischen Nationen des Westens mit der Möglichkeit konfrontiert sahen, sich zu einem revolutionären Block zusammenzuschließen.

Sie hätten der Welt zeigen müssen, dass die Befreiung der werktätigen Massen und die Entwicklung ihrer Aufbaukräfte auch zu einer Stärkung der Außenpolitik führen kann. Diese Entscheidung wurde von den Sozialdemokraten und Kommunisten sowohl in Spanien als auch in Frankreich ängstlich vermieden. Sie versteckten sich hinter den imperialistischen Demokratien und verbreiteten einen demokratischen Nebel, der vor den Arbeitern die Kapitulation der spanischen Revolution und dann der spanischen Republik vor dem Faschismus verbergen sollte.

Es war der französische Sozialdemokrat, Volksfrontführer und Premierminister Blum, der zur nicht-interventionistischen Komödie aufrief und damit dem deutschen und italienischen Faschismus einen Freibrief für die umfangreichsten Interventionen gab.

Es waren die französischen Kommunisten, die mit demagogischen Gesten gegen diese Auslieferung Spaniens an den Faschismus protestierten und gleichzeitig durch ihr parlamentarisches Handeln diese Außenpolitik,

d.h. die ständige Kapitulation der Volksfrontkabinette vor dem deutschen und italienischen Angriff, zuließen und sanktionierten.

Nicht nur Bonnet und Daladier, sondern vor allem Blum und Thorez tragen die Schuld an der Münchner Politik.

Die französischen Sozialisten konnten in ihrer opportunistischen Verblendung nicht erkennen, dass sie zusammen mit der P.C.F. den Grundstein für den Ruin der französischen Arbeiterbewegung legten, für den sie nicht nur *politische* Vorarbeit in der Volksfrontpolitik leisteten.

Sie beschleunigten die Umgestaltung der sozialen Struktur ihres Landes, aus der das Finanzdiktat von Reynaud organisch hervorging.

Die Volksfrontregierungen haben durch ihre wiederholten Eingriffe in die Wirtschaftsgesetzgebung des Landes den seit Jahren um sich greifenden staatlichen Protektionismus vorangetrieben. Selbst die Gesetze über Schiedsgerichte und Betriebsräte mussten in dieser Phase zu einer Stärkung der Staatsgewalt gegen das freie Spiel der gesellschaftlichen Kräfte werden, während sie gleichzeitig die Streikenergie der Arbeiter lähmten und den Trend zu einer rechtsfaschistischen Entwicklung nur noch beschleunigen konnten.

Die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie zog die staatliche Bürokratie direkt in das unternehmerische Lager und wirkte in dieselbe Richtung.

Im Bereich der Finanzpolitik arbeiteten alle Volksfrontkabinette mit Vollmachten und Ermächtigungen. Sie vereinigten damit Legislative und Exekutive im weiten Feld der Staatsverwaltung, schafften das Budgetrecht des Parlaments praktisch ab und führten Regierungsmethoden ein, die das Kennzeichen jeder Diktatur sind.

Die Regierung Daladier hat nur energisch fortgesetzt, was ihre Vorgänger begonnen hatten.

Ja, als Daladier schließlich den „Generalstreik“ mit der Militarisierung und Mobilisierung aller Beamten und Angestellten der öffentlichen Betriebe und der Arbeiter vieler Betriebe im „öffentlichen Interesse“ lähmte, bediente er sich nur eines Gesetzes, das Blum einen Tag nach seiner Machtübernahme erlassen hatte, um die Streiks in der Rüstungsindustrie zu ersticken. Er protestierte vergeblich gegen den Missbrauch dieses Gesetzes, das bereits im Dezember 1937 mit seiner stillschweigenden ministeriellen Zustimmung gegen die streikenden Pariser Transportarbeiter eingesetzt worden war.

Die Volksfront hat die traditionelle französische Demokratie selbst zerstört. Sie ersetzte eine notwendige revolutionäre Umgestaltung des Landes durch Sozialreformen, die durch die eifrige ökonomische Sabotage des Industriekapitals und der großen Finanziers wesentlich zur weiteren Zerrüttung des Landes beitrugen, die Arbeiter ihrer politischen Aktivität beraubten und die bürgerliche Gegenoffensive in dem Moment entfesselten, als die Schwächung der Arbeiterklasse schon weit genug fortgeschritten war.

Die Niederlage des „Generalstreiks“ vom 30. November 1938 war nur eine Folge dieser defensiven Politik.

Die Geschichte hat immer gezeigt, dass die allgemeine Aktion der Arbeitermassen damit beginnt, weitere Konsequenzen zu ziehen. In einer zurückweichenden, zerschmetterten und bereits zurückgeschlagenen Bewegung kann sie nur den Sieg des Gegners beschleunigen, wie schon lange vor der französischen Erfahrung durch den Versuch der italienischen Arbeiterbewegung, im August 1922 einen Generalstreik auszurufen, bewiesen wurde, dem innerhalb von drei Monaten der „Marsch auf Rom“ folgte.

Das Scheitern des Generalstreiks wurde zu einem Erfolg für die Regierung, die daraufhin ihren Angriff auf die Arbeiter mit verdoppelter Energie fortsetzte und dafür sofort eine rechte Mehrheit im Parlament fand. Es ist noch nicht entschieden, ob Daladier seinen Weg des Autoritarismus bis zum Ende fortsetzen kann oder ob andere Kräfte an seine Stelle treten werden, wenn die Dinge eine neue Wendung nehmen.

Wir wollen hier auch nicht einen Faschismus nach nationalsozialistischem Vorbild für Frankreich vorhersagen, obwohl es offensichtlich ist, dass wir für die Zukunft ein autoritäres Regime in Frankreich erwarten, das ähnlich wie die heutige tschechoslowakische Regierung von der Supermacht Deutschland mitgeschleift werden wird. In jedem Fall ist die Richtung der französischen Innenpolitik noch ungewiss. Klar ist, dass die 28 Monate des Volksfrontexperiments ausgereicht haben, um die Offensivkraft und Spontaneität des französischen Proletariats so weit zu zerstören, dass zu erwarten ist, dass es im entscheidenden Moment nicht mehr handlungsfähig sein wird.

In Frankreich, wie auch in Italien, Deutschland und Österreich, sind die Kräfte, die die Arbeiterbewegung zerstören, nicht in den faschistischen Bataillonen zu finden, sondern in ihrer eigenen Führung, ihren Organisationsmethoden, ihren politischen Ideen und ihren Illusionen.

(Im obigen Artikel eines unserer Leser³ erscheinen uns einige Formulierungen eher schwach. Zum Beispiel in Bezug auf die Angst der alten Arbeiterbewegung, entschlossen gegen das Kapital vorzugehen. Die ganze Sache schien jedoch wichtig genug, um veröffentlicht zu werden. Wir haben deshalb den folgenden Beitrag als Antwort auf den oben genannten Artikel geschrieben – Redaktion *Radencommunisme*.)



DIE ILLUSION VON DER „VOLKSFRONT“

In Frankreich gehört die „Volksfront“ mit ihrem „neuen politischen Kurs“ bereits der Vergangenheit an. Und es ist nun klar, dass dies eine Illusion war, da die radikal-sozialistische Partei als Regierungspartei selbst eine faschistische Politik verfolgt und sich dabei auf die rechtsextremen Parteien stützt.

Dies mag dem politisch Naiven deutlich gemacht haben, dass die Politik der französischen Regierung nicht von den Interessen des „Volkes“ bestimmt wird, sondern von den Erfordernissen der Profitmacherei des französischen Kapitals.

Als 1931 die große Weltwirtschaftskrise in Frankreich ausbrach, als die Betriebe zum Stillstand kamen oder verkleinert wurden, kurz gesagt, als die Produktion für das Kapital unrentabel wurde, entstanden auch in Frankreich faschistische Organisationen. Finanziert vom Großkapital war es ihr Ziel, mit politischer Gewalt die Hindernisse für eine verstärkte Ausbeutung der Arbeiter und die massenhafte Vernichtung kleinerer Produzenten zu beseitigen, um eine neue Grundlage für den Profit zu schaffen.

Obwohl der erste Ansturm der faschistischen Organisationen scheiterte, setzte sich die Senkung des Lebensstandards der Massen, wie in anderen Ländern auch, vorerst als automatischer Prozess durch die „Abwertung“ der Zahlungsmittel fort. Die Preise für die lebensnotwendigen Güter steigen automatisch mit den „Abwertungen“, während die Löhne dieser Aufwärtsbewegung nur langsam und nur dann folgen, wenn um sie gekämpft wird.

Und die französischen Arbeiter kämpften für ihren Lebensstandard. Dass es nicht darum ging, den Lebensstandard einiger weniger Berufe zu verbessern, sondern die gesamte Klasse zu verteidigen, zeigt die Tatsache, dass im Jahr 1936 etwa fünf Millionen Arbeiter streikten. Im Monat Juli streikten sogar 1½ Millionen Beschäftigte zugleich mit Betriebsbesetzung.

Unter diesem Druck wich die besitzende Klasse zurück, was sich in neuen Lohnregelungen, Urlaubsregelungen und der Anerkennung von Betriebsvertretern niederschlug.

Der Kampf der herrschenden Klasse zur Senkung des Lebensstandards der Massen, insbesondere nach 1931, und der daraus resultierende wachsende Widerstand der Arbeiter bildete die Grundlage, auf der sich die „Volksfront“ in Frankreich bildete und auf der sie auch ihre Rolle spielen musste.

Wie hat sich die „Volksfront“ in diesem Kampf geschlagen? Gab es für die Arbeiter einen Nutzen?

Sicher ist, dass die Massen die „Volksfront“ als Waffe gegen die besitzende Klasse betrachteten. Die Arbeiterparteien und Gewerkschaften, die in der früheren Periode als Vertreter der Arbeiterinteressen entstanden waren, mussten nun auch die Interessen der Massen gegen die Kapitalisten verteidigen. Vielen war klar, dass diese alte Arbeiterbewegung in bestimmten Fällen die Interessen der Arbeiter vernachlässigt hatte und eher zum Verteidiger der Kapitalinteressen geworden war, aber dies wurde nicht als notwendige Folge der Funktion der alten Arbeiterbewegung in der heutigen Gesellschaft angesehen.

In dem Maße, in dem die alte Arbeiterbewegung versagt hat, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, würde sie durch den Druck der politisch erstarkten Massen und durch den Kampf auf wirtschaftlichem Gebiet auf den richtigen Weg gegen das Kapital gebracht.

Die französischen Parlamentswahlen von 1936 und die anschließenden Massenstreiks waren der klare Ausdruck dieses Vorstoßes „von unten“. So wurde unter dem Druck der gärenden Massen die „Volksfront“ nach vorne gebracht. Ihre Aufgabe wäre es, die Forderungen der Arbeiter umzusetzen.

Die „Volksfront“ stand also vor einer unlösbaren Aufgabe. Die Umsetzung der Forderungen der Massen bedeutete unwiderruflich eine weitere Aushöhlung des Profitpotenzials des Kapitals. Und als die Massen zu

³ Es handelt sich wahrscheinlich um einen französischen Text aus der „Revue du Bureau International des Fractions de Gauche“ von Jean Melis, alias Mitchell (geboren 1892, gestorben 1945 im KZ Bergen-Belsen), der von Adhémar Hennaut (1899-1977) ins Niederländische übersetzt wurde. (siehe Wikipedia)

einer Zeit, als die Volksfrontparteien noch dabei waren, die Macht zu übernehmen, begannen, sich zu bewegen, um die Löhne usw. zu erhöhen, reagierten die Kapitalisten sofort mit einer Kapitalflucht.

Sie versuchten, ihr Hab und Gut an sicherere Orte zu bringen. Die Parteien der Volksfront waren nicht in der Lage, das zu verhindern.

Dies könnte sicherlich dadurch verhindert werden, indem man den Eigentümern ihr Kapital entzieht, aber die radikale sozialistische Partei, die einen großen Teil der „Volksfront“ ausmacht, machte dies in keinem Fall mit.

Hier zeigt sich sofort die tiefe Kluft, die die „Volksfront“ selbst durchzog, eine Kluft, die immer zwischen den Interessen der Kleinbourgeoisie (radikale sozialistische Partei) und denen der Arbeiter besteht. Zwar können die Parteien des Kleinbürgertums, der Sozialdemokraten und der Stalinisten eine Front bilden, aber die Interessen derer, die sie vertreten, sind einander entgegengesetzt. Das hat sich jetzt gezeigt und wird sich weiter zeigen, sobald die vitalen Interessen der Arbeiter einen Angriff auf das Eigentum des Kapitals verlangen. Deshalb können Volksfronten nur zu einer Desillusionierung der Arbeiter führen.

Aber auch die Vertreter der so genannten Arbeiterorganisationen können das Kapitaleigentum nicht beeinflussen. Sie sind als *Vermittler zwischen den Arbeitern und der besitzenden Klasse* aufgewachsen, sie bleiben zwischen diesen beiden Fronten.

Von dem Moment an, in dem sie die Regierungsmacht innehaben, sind sie auch offiziell für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktion verantwortlich. Sie mussten also zunächst einmal dafür sorgen, dass der Frieden zwischen Kapital und Arbeit wiederhergestellt wurde. Dies versuchten sie nicht mit Waffengewalt, sondern durch ihren Einfluss auf die Massen über ihre Organisationen, ihre Presse, ihre Redner usw. zu erreichen. Und das ist ihnen auch gelungen.

Die Volksfrontregierung, zu der auch die Gewerkschaften gehörten, spielte also in Frankreich die gleiche Rolle wie die deutsche so genannte Arbeiterbewegung in den Jahren 1918-1919.

Der Vertreter des deutschen Großkapitals, Dr. Silverberg, erklärte, dass nur die deutschen Gewerkschaften in der Lage gewesen seien, die überwältigende Flut der Sozialisierung aufzuhalten. Und seine Dankbarkeit gegenüber diesen „Arbeiterorganisationen“ ging so weit, dass er erklärte, die Gewerkschaften müssten erfunden werden, wenn es sie nicht schon gäbe.

Nicht weniger dankbar war der deutsche Industrielle Hugo Stinnes, der eines seiner Seeschiffe auf den Namen „Legien“ (Präsident der deutschen Gewerkschaftsbewegung) taufte.

Die eigentliche Aufgabe der französischen Volksfrontregierung bestand darin, die Massenbewegung einzudämmen und sie in den Bannkreis der kapitalistischen Ausbeutung zurückzubringen. Sie musste die Massenbewegung kontrollieren und vor allem dafür sorgen, dass die Arbeiter nicht zu revolutionären Maßnahmen griffen.

Der gesamte Apparat der Volksfrontparteien, einschließlich der Kommunisten und Gewerkschaften, arbeitete mit voller Kraft für diesen Zweck. In kürzester Zeit schlossen die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände neue Tarifverträge ab, und wieder trat der gesamte Apparat in Aktion, diesmal, um die Arbeiter zur Anerkennung der neuen Verträge zu bewegen.

Die Volksfrontregierung legitimierte daraufhin diese Vereinbarungen, und die gefährliche Massenbewegung wurde eingedämmt.

Deshalb ist es unserer Meinung nach völlig falsch, wenn einige Strömungen in der Arbeiterbewegung meinen, die Sozialdemokraten, die Stalinisten und die Gewerkschaften seien zu „ängstlich“, um das Kapital anzugreifen. Im Gegenteil, sie haben überhaupt keine „Angst“. Oder wenn es hier „Angst“ gibt, dann nicht vor dem Kapital, sondern vor der Arbeiterklasse. Das Problem ist, dass ihre Funktion nicht darin besteht, das Kapital anzugreifen, sondern als Vermittler zwischen den beiden Fronten von Arbeitern und Kapitalisten zu stehen. Ihre Aufgabe besteht also nicht darin, einen solchen Kampf auszuweiten und zu vertiefen, den Kapitalismus zu zerstören, sondern diesen Kampf so schnell wie möglich zu *vermitteln*, d.h. ihn *abzuschließen*, d.h. ihn in den Bahnen des Kapitalismus zu halten oder ihn zu beenden.

Deshalb ist die Forderung, dass die Gewerkschaftsbewegung einen Streik, der hier oder dort ausgebrochen ist, „übernehmen“ soll, so weit von der heutigen Realität entfernt. Es bedeutet in der heutigen Zeit nichts anderes als die freundliche Aufforderung, eine solche Bewegung so schnell wie möglich zu beenden.

Doch für die französischen Arbeiter hatte die „Volksfront“ noch eine andere Bedeutung als die der Eroberungen der Massenbewegung. Die „Volksfront“ sollte einen Damm gegen den vorrückenden Faschismus errichten.

Die Feuerkreuzritter und andere faschistische Verbände wollten nach deutschem und italienischem Vorbild die Bewegungsfreiheit der Arbeiter und die demokratische Ordnung beseitigen. Der Kampf gegen diese

Verbände bedeutete für die Masse der Arbeiter einen unmittelbaren Kampf um das Recht, sich zu organisieren und für ihre Interessen gegen die Patrons zu kämpfen. Und dass die Organisationen diesen Kampf geführt haben, versteht sich von selbst, denn für sie war es einfach ein *Kampf um ihre Existenz*. Aber nicht nur die Arbeiter führten diesen Kampf gegen den Faschismus. Große Teile der französischen Bourgeoisie waren ebenfalls in der „antifaschistischen Front“, wenn auch nicht in der „Volksfront“.

In seiner Gesamtheit war es der Kampf als „nationale Einheit“ gegen die ausländische Bedrohung. Volksfront und Großbourgeoisie wetteiferten also darum, wer der beste Patriot sei.

So musste der Slogan der „nationalen Einheit“ zu einem der stärksten Argumente werden, um die Massenbewegung einzudämmen. Diese Einigkeit sollte durch weitere Streiks nicht geschwächt werden.

Seit der Teilung der Tschechoslowakei versucht die herrschende Klasse Frankreichs jedoch, ein Abkommen mit den faschistischen Ländern zu schließen. Damit ist der Grund für die Beteiligung der Radikalen Sozialistischen Partei an der „Volksfront“ völlig verschwunden: Die Massenbewegungen sind unterdrückt worden und die französische Bourgeoisie führt den Kampf gegen den Faschismus auf anderen Gebieten.

Auch in dieser Hinsicht erwies sich die „Volksfront“ als eine Illusion.

Die Propagandisten der Volksfrontpolitik, die parlamentarischen Parteien und die Gewerkschaften haben bei den Arbeitern viele falsche Hoffnungen geweckt. Und sie werden trotz aller Niederlagen, die sie deswegen einstecken müssen, weiterhin die Arbeiter davon überzeugen, ihr Zusammengehen mit den Kleinunternehmern fortzuführen. Das heißt, sie sollen dazu gebracht werden, ihrer eigenen Klassenpolitik abzuschwören. Sie können nicht anders handeln. Solange ihnen das gelingt, haben sie eine Existenzberechtigung in der kapitalistischen Gesellschaft. Wenn sie ihren Einfluss auf die arbeitenden Massen verloren haben, kann sich der Kapitalismus nur durch die Unterdrückung jeder Arbeiterbewegung erhalten. Organisierte Gewalt ist das Mittel zu diesem Zweck. Und mit den demokratischen Rechten und Freiheiten werden dann auch die Arbeiterparteien und Gewerkschaften verdrängt.

Für die Arbeiter bedeutet dies jedoch, dass sie nur dann einen Kampf gegen das Kapital entwickeln können, wenn sie sich vollständig von der kleinbürgerlichen Klasse lösen. Das heißt, wenn sie mit jeder Volksfrontpolitik brechen, die einen echten Kampf gegen das Kapital verhindert. Ihr Kampf muss aller kapitalistischen Gewalt trotzen und kann daher nur den Keim für eine proletarische Revolution enthalten. Ihr Kampf kann nicht mehr ein Kampf für die Aufrechterhaltung der zwischengeschalteten Organe des Kapitalismus sein, sondern für die Bewegungsfreiheit ihrer eigenen unabhängigen Kampforgane, ihrer proletarischen Demokratie.



BARCELONA, DER ANFANG VOM ENDE

Der Bürgerkrieg in Spanien wurde mit der Eroberung Kataloniens durch die Nationalisten praktisch entschieden.

Als revolutionärer Kampf der spanischen Arbeiter war er bereits verloren, als die Arbeiter von Barcelona in den Maitagen 1937 geschlagen und entwapfnet wurden. Seitdem hat er nur noch den Charakter eines imperialistischen Kampfes zwischen den faschistischen und den demokratischen Mächten in Europa, in dem die spanischen Arbeiter gemeinsam mit der demokratischen Bourgeoisie für die Aufrechterhaltung des demokratischen Kapitalismus gegen das Vordringen des faschistischen Kapitalismus überall kämpfen.

Es war ein ungleicher Kampf, der verloren werden musste, denn hinter den spanischen Faschisten standen die faschistischen Großmächte Deutschland und Italien mit all ihrer Macht, während die demokratischen Länder Frankreich, England und der gesamte Völkerbund die Politik der „Nichteinmischung“ verfolgten.

Sie waren sich bewusst, dass, wenn sie das republikanische Spanien in demselben Maße unterstützt hätten, wie Deutschland und Italien Franco unterstützten, dies unmittelbar zum allgemeinen Krieg geführt hätte. Aus Angst vor diesem Krieg gaben sie ihre Verbündeten in Spanien auf und diese kämpften auf verlorenem Posten.

Währenddessen wütete die barbarische Gewalt der Faschisten vor allem unter der Arbeiterbevölkerung. Tausende von fliehenden Zivilisten, Frauen, Kinder, alte Menschen und Verwundete wurden brutal niedergemetzelt.

Während die Reichen vor der Belagerung Barcelonas mit ihren Autos geflohen waren (um später wieder zurückzukehren) und von Francos Flugzeugen verschont blieben, wurden die mit Flüchtlingen vollgestopften Wege ständig von Tieffliegern beschossen und bombardiert.

Auf diese Weise bestrafen die modernen Kapitalisten die Arbeitssklaven, die es wagen, sich gegen ihre Herrschaft aufzulehnen.

Selbst das demokratische Frankreich, in das die Flüchtlinge zogen, um ihr nacktes Leben zu retten, blieb nicht unbeteiligt.

Diejenigen, die mindestens 2.000 Francs und gültige Pässe besaßen, durften die Grenze überqueren und sich frei bewegen; die Hunderttausenden, die nichts besaßen, wurden dagegen bis zum Schluss aufgehalten und dann in Lagern eingesperrt, die mit Stacheldraht abgesperrt waren und unter strenger militärischer Aufsicht standen. Zur gleichen Zeit wurde das Senatsmitglied Berard zu Verhandlungen mit Franco geschickt. Dazu gehört natürlich auch die Rückführung der entlaufenen Arbeitssklaven.

Der spanische Kampf wurde durch das heldenhafte Opfer der Arbeiter getragen, aber all diese Opfer mussten vergeblich sein, solange das Proletariat in den großen Industrieländern dem Befehl der herrschenden Kapitalistenklasse gehorchte und die Waffen lieferte, mit denen sie besiegt wurden. Nur die proletarische Revolution in den großen Ländern hätte den spanischen Arbeitern den Sieg bringen können.

Sie hatten den Kampf allein begonnen, weil die demokratische Volksfrontregierung schon vor Juli 1936 die revolutionäre Aktion der Arbeiter mehr fürchtete als den Faschismus. Diese Regierung, die aus dem Wahlsieg der „Volksfront“ hervorging, beließ die faschistischen Generäle und Offiziere im Amt und ermöglichte so die Vorbereitung des allgemeinen Aufstandes.

Und als die Arbeiter mit dem revolutionären Aufstand antworteten, taten die Volksfrontpolitiker alles, um die rebellischen Massen wieder auf die kapitalistische Ordnung einzuschwören. Innerhalb von 24 Stunden bildeten sie drei neue Regierungen, jede mit einer immer mehr „linken“ Ausrichtung, um unter den aufständischen Massen an Autorität zu gewinnen.

Die alten Arbeiterorganisationen halfen mit: Aus der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei und den Gewerkschaften wurde zusammen mit den bürgerlichen Republikanern die neue Regierung gebildet, und mit Hilfe ihrer Organisationen wurde alles getan, um die radikalen Elemente der F.A.I., der C.N.T. und der P.O.U.M. in Schach zu halten.

Wo immer es möglich war, wurden sie entwaffnet; führende Kämpfer wurden in Gefängnisse geworfen; andere wurden ermordet; ganze Verbände der Volksmiliz wurden ohne Waffen und Munition zurückgelassen. Diese wurden so zu einer leichten Beute für die Angriffe der gut bewaffneten Faschisten.

Während also die Freiwilligen an die Fronten strömten, um die Faschisten zurückzuschlagen, kämpfte die Regierung hinter der Front um ihre Macht und sabotierte so den Kampf gegen die Faschisten.

Dieser Kampf hinter der Front zog sich über Monate hin.

Die Volksfrontregierung war dabei siegreich, vor allem weil sie Zugang zu den Goldreserven und die Verbindung zum Ausland hatte. Sie konnte Waffen und Lebensmittel aus der Tschechoslowakei, Polen, Russland, Mexiko usw. kaufen. Aber nur sie konnte Waffen kaufen, denn sie garantierte die Aufrechterhaltung der bürgerlichen, kapitalistischen Ordnung. Den aufständischen Arbeitern selbst hatten die profitgierigen Kapitalisten in den demokratischen Ländern, einschließlich Russland, nichts geliefert. Die Volksfrontregierung war das Bindeglied zu den demokratischen, kapitalistischen Ländern, über das sie die spanischen Arbeiter dazu bringen konnten, für ihre imperialistischen Interessen zu kämpfen.

Einen Sieg der revolutionären Arbeiterklasse wird die demokratisch orientierte Kapitalistenklasse in der Welt nicht zulassen, denn revolutionäre Arbeiter können niemals Verbündete in der imperialistischen Politik der Kapitalmächte sein. Aber nicht nur die ausländischen Verbindungen haben der Volksfrontregierung geholfen, ihre Macht über die aufständischen Arbeiter wiederherzustellen. Allein die Tatsache, dass die revolutionären Arbeiter die zentralen politischen Funktionen des Landes nicht selbst übernahmen, sondern sie den Volksfrontparteien widerstandslos überließen, war entscheidend für den weiteren Verlauf der Ereignisse.

Dass die Arbeiter nicht einmal einen Versuch unternahmen, abgesehen von der Propaganda des linken Flügels der P.O.U.M., der in dieser Richtung arbeitete, muss zu einem großen Teil auf die anarchistischen Ansichten der F.A.I. und des C.N.T. zurückgeführt werden, die ebenfalls die Bildung eines revolutionären zentralen politischen Organs der Arbeiter für ausgeschlossen hielten.

Die harte Realität zwang den C.N.T., diese Ansichten aufzugeben. Aber erst als der revolutionäre Arbeiterkampf, der sich in zahllosen unzusammenhängenden Aktionen vollzog, nach den zentralen politischen Leitlinien der „Volksfrontregierung“ geordnet und gelenkt wurde.

Sie hatten keine andere Wahl, als sich an diesen zentralen politischen Funktionen zu beteiligen, die den Kampf der Arbeiter im Rahmen der bürgerlichen Ordnung halten mussten. Damit schloss der C.N.T. als

Organisation auf unrühmliche Weise mit einer revolutionären Vergangenheit ab, die in vielerlei Hinsicht wirklich ruhmreich war.

Dennoch hat die Volksfrontregierung lange gebraucht, um den Sieg über die revolutionären Arbeiter zu erringen. Sie konnte die wachsende Macht der Arbeiter zunächst nicht so brutal unterdrücken, wie sie es später tat. Ihre Position war zu diesem Zeitpunkt zu unsicher. Sie verfügte noch nicht über eine organisierte und gut disziplinierte Streitmacht. Die einzige, die dazu in der Lage war, war die Guardia Civil, die Zivilgarde, und die konnte sie im Moment nicht auf die Arbeiter loslassen. Unter diesen Umständen, jetzt, wo die Arbeiter bewaffnet und voller Kampfgeist waren, wäre das Selbstmord gewesen. Sowohl die Stalinisten als auch die Sozialdemokraten waren im Juli 1936 in der Arbeiterklasse nicht sehr zahlreich. Die meisten Arbeiter waren in der C.N.T. organisiert, die zuvor immer in Opposition zur Volksfrontregierung gestanden hatte. Es ging also darum, die C.N.T. zu brechen, die C.N.T. als Organ des Kampfes für die Arbeiter unbrauchbar zu machen.

Die Volksfrontregierung musste also zwei Dinge tun, um ihre Position und damit die kapitalistische Ordnung zu retten. Die Bildung einer Armee, auf die sie sich völlig verlassen konnte, und die Zerstörung der Organisation der revolutionären Arbeiter.

WAR DIE C.N.T. DER KAMPFVERBAND DER ARBEITER?

Ihre Haltung in früheren Revolutionen hatte wiederholt bewiesen, dass sie das nicht uneingeschränkt war. Wir denken an den Generalstreik in Barcelona im September 1931, als die Massen spontan in den Streik traten, um gegen die Inhaftierung von Revolutionären zu protestieren, und die C.N.T. den Streik abbrach, weil sie, wie sie in einem Manifest verkündete, noch nicht in der Lage war, die Regierung zu ersetzen.

Davon zeugt auch ihre Nichtteilnahme am Aufstand in Katalonien im Oktober 1934, womit sie die asturischen Arbeiter im Stich ließ.

Tatsache ist jedoch, dass die Arbeiter versucht haben, sie als solche zu benutzen. Es gelang ihnen auch, genügend Druck auf die C.N.T.- und F.A.I.-Führung auszuüben, um sie zu einer Gefahr für die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse zu machen. Denn obwohl die Führer der C.N.T. die Einheitsfront mit der sozialdemokratischen U.G.T. wollten und ausdrücklich erklärten, dass sie die „antifaschistische Einheit nicht auflösen wollten, weil die erste Aufgabe darin bestand, den Faschismus zu besiegen“ (siehe *Syndicalist* vom 12. September 1936), zeigt die Praxis, dass sie oft im Gegensatz zur Volksfront handelten.

Die katalanischen Arbeiter verstanden sehr gut, dass sie, wenn sie Franco bekämpfen wollten, zunächst die Betriebe in Besitz nehmen und sie auf Kriegsproduktion umstellen mussten. Das war jedoch ein Eingriff in das kapitalistische Eigentum, was die Volksfront nicht wollte.

Die Organisation der Betriebe wurde von den Arbeitern über die C.N.T.-Syndikate aufgebaut. So kam es, dass die C.N.T. die Hauptrolle in diesem Prozess spielte. Zunächst wurden ein allgemeiner Wirtschaftsrat und ein Milizausschuss eingesetzt.

Aber das von der C.N.T. eingesetzte Milizkomitee bestand aus drei Vertretern der C.N.T., zwei von der F.A.I., drei von der U.G.T., einem Kleinpächter, drei linken Republikanern und zwei von der P.S.U.C. Wir sehen die Dualität der C.N.T. Einerseits kommt sie nicht umhin, den Willen der revolutionären Arbeiter zu unterstützen, andererseits organisiert sie den Kampf auf der Grundlage von Parteiformationen. Während des gesamten Bürgerkriegs kollaborierte die C.N.T. daher mit den bürgerlichen Parteien. Ihre konterrevolutionäre Haltung bei den Maitagen in Barcelona war daher die Folge ihrer Politik während des gesamten Kampfes.

Da die Arbeiter für die Enteignung des Kapitaleigentums in Katalonien kämpften, kam es zu Auseinandersetzungen mit der Regierung. Wir alle kennen die Maßnahmen der Regierung, die Verfolgung der Revolutionäre, die heimlichen Tötungen und Verhaftungen, die Vorenthaltung von Waffen an die revolutionäre Front in Aragonien, die die Spannung immer mehr steigerte, bis am 3. Mai 1937 in Barcelona bei der Besetzung der Telefonzentrale durch die Regierungstruppen die Bombe platzte.

In der Zeit von Juli 1936 bis Mai 1937 hatte die Regierung es für angebracht gehalten, ihre Schocktruppen zu bilden, die sich aus neuen Sozialdemokraten und Kommunisten zusammensetzten, von denen die meisten Kleinbürger waren.

Eine vollständige Veränderung der Armee, die Liquidierung der revolutionären Hundertschaften, die Einführung des Wehrdienstes und der militärischen Disziplin unter der Führung der alten Offiziere, die Reorganisation der *Guardia Civil*, hatten ihre Machtposition gestärkt und es ihr ermöglicht, offen gegen die Revolutionäre vorzugehen.

Da die C.N.T. Teil der Regierung war, war sie völlig harmlos geworden; die Konterrevolution hatte freie Hand.

DER MAI-KAMPF

Dieser Mai-Kampf hatte sich als entscheidend für das Schicksal der proletarischen Revolution in Spanien erwiesen. Es wurde deutlich gezeigt, dass weder die Volksfront noch die C.N.T. für eine proletarische Revolution genutzt werden können. Ihr Kampf gegen den Faschismus war ein anderer als der der Arbeiter. Für die Arbeiter war der Kampf gegen Franco dasselbe wie der Kampf gegen den Kapitalismus: Für die bürgerlichen Parteien und auch für die C.N.T. war der Kampf gegen den Faschismus nur ein Kampf für die Erhaltung der demokratischen Freiheiten des Kapitals. Die C.N.T. hatte keine andere Wahl, als sich diesem Kampf um das Kapital anzuschließen, denn sie hatte sich mit diesen Parteien verbündet. Die Niederlage der Arbeiter im Mai 1937 hatte den Kampf in Spanien in einen imperialistischen Krieg zwischen zwei gegensätzlichen Interessen des Kapitals verwandelt.

Diese Interessenkonflikte liegen nicht so sehr im spanischen Kapitalismus als vielmehr im Ausland. Deshalb spielte die Interessenpolitik der ausländischen Regierungen bei den Waffenlieferungen eine so wichtige Rolle. Da Spanien bei seinen Waffenlieferungen fast vollständig von ausländischen Lieferanten abhängig war, lag es auf der Hand, dass die Regierung die Wünsche ihrer Lieferanten in ihrer Politik berücksichtigen musste. Es ist verständlich, dass die kapitalistischen Regierungen keine Waffen liefern oder die Lieferung von Waffen zulassen, damit die proletarische Revolution die Oberhand gewinnen kann. Dies erklärt auch, warum die demokratischen Regierungen nicht so großzügig mit ihren Waffenlieferungen waren. Aber auch andere Faktoren spielten eine Rolle.

Es ist bekannt, dass es vor allem Italien und Deutschland waren, die Franco unterstützten, um ihre Position im Mittelmeerraum zu stärken und Rohstoffe zu erhalten. Für Frankreich und England bedeutete dies natürlich einen Angriff auf ihre Machtposition. Das konnten sie nicht hinnehmen. Doch bald wurde klar, unter anderem durch den U-Boot-Krieg im Mittelmeer im August 1936, dass ein offener Kampf gegen Franco zu gefährlich wäre.

Auf der einen Seite die Arbeiterrevolution, auf der anderen Seite die Gefahr eines Weltkrieges, an dessen Ende ebenfalls die Arbeiterrevolution stand.

So geriet die demokratische Bourgeoisie nicht nur in Spanien, sondern überall zwischen zwei Fronten. Sie sympathisiert mit der Volksfront, zögert aber angesichts des faschistischen Vormarsches und der drohenden Arbeiterrevolution mit der Lieferung von Waffen. Daher ermöglichte ihre nicht-interventionistische Politik in Wirklichkeit den Sieg Francos in Spanien.

Das Münchner Abkommen, der Beitritt Österreichs und der Anschluss des Sudetenlandes haben die Entwicklung in Spanien sicherlich beschleunigt. Die faschistische Macht wird immer bedrohlicher. Die demokratische Bourgeoisie muss nachgeben, und sie bezahlt, wie immer, mit dem Leben der Arbeiter.

Die Arbeiter in Spanien wurden und werden zu Tausenden massakriert. Die Regierung kümmert sich mehr um die Sicherheit der spanischen Kunstschatze als um die Tausenden von Familien aus dem Proletariat.

Die spanischen Arbeiter haben hartnäckig gekämpft. Sie haben einen Kampf gegen den Faschismus geführt, der ein leuchtendes Beispiel für die Arbeiter der ganzen Welt bleiben wird. Auch wenn sie mit Illusionen in den Kampf gegangen sind, Illusionen, die ihnen zum Verhängnis geworden sind, bleibt die Tatsache, dass sie mit ungeheurem Mut und Ausdauer durch alle Rückschläge und Unglücke hindurch gekämpft haben.

Niemand hat das Recht, dem spanischen Proletariat seine Schwäche vorzuwerfen, wenn seine Niederlage in erster Linie das Ergebnis der viel größeren Schwäche des Weltproletariats ist, das noch viel tiefer in denselben Illusionen gefangen ist, ohne die Kraft gefunden zu haben, den spanischen Arbeitern in ihrem Kampf angemessen zu helfen: der revolutionären Massenaktion in ihrem eigenen Land. Nur wenige Tausend haben vor Ort als Internationale Brigade gezeigt, was internationale Solidarität bedeutet.

Es ist notwendig, diese positive Seite des spanischen Kampfes besser zu verstehen, und das stellt uns vor die Aufgabe, nicht nur die Illusionen des spanischen Proletariats zu kritisieren, sondern auch zu zeigen, wie es daraus die moralische Kraft schöpfen konnte, den erschöpfenden Krieg zweieinhalb Jahre lang gegen eine bis an die Zähne bewaffnete Übermacht durchzuhalten.

Alle Arbeiter sind sich der Bedrohung durch die faschistische Barbarei und der Notwendigkeit eines gemeinsamen Widerstands dagegen bewusst. Es ist dieser Drang nach Einheit, der die Volksfront ins Leben gerufen hat, die wir nicht nur als ein den Arbeitern von den Führern aufgezwungenes Instrument sehen dürfen, sondern auch als Ausdruck des Willens des Proletariats, sich im Kampf zu vereinen.

Dass dem so ist, beweisen unter anderem die Demonstrationen „marxistischer“ (d. h. sozialdemokratischer und kommunistischer) Arbeiter auf den Straßen Madrids im Juli 1936, die die Freilassung der inhaftierten Anarchosyndikalisten forderten, damit sie sich am Kampf gegen Franco beteiligen konnten.

Wir dürfen nicht vergessen, dass die Volksfront in Spanien nur durch die Gnade der Arbeiter existierte. Es gab nichts, was sie daran hindern konnte, in den Julitagen den gesamten bürgerlichen Staat zu zerschlagen,

sondern nur die Illusion, dass die Volksfrontregierung ein Instrument in ihren Händen sein könnte, um den Kampf gegen den Faschismus zu führen. Dass diese Illusion nicht nur bei den Sozialdemokraten und Kommunisten, sondern auch bei den Anarchosyndikalisten bestand, zeigt die Geschichte der spanischen Revolution deutlich.

Wie ist es möglich, dass diese Arbeiter so viel Vertrauen in eine Regierung setzen konnten, gegen die sie selbst revolutionäre Kämpfe geführt hatten, durch die Erstürmung mehrerer Gefängnisse unmittelbar nach den Wahlen, durch die Zerstörung von Klöstern, die Aufteilung von Ländereien, durch eine ganze Welle von Streiks mit Betriebsbesetzungen, die oft zu blutigen Zusammenstößen mit der von der Regierung entsandten *Guardia Civil* führten? Dies lässt sich nicht durch die häufig wechselnde Zusammensetzung dieser Regierung erklären.

Dies kann nur dadurch erklärt werden, dass sie erkannten, dass die Volksfrontregierung, so feindlich sie auch den revolutionären Forderungen des Proletariats gegenüberstand, sich nicht von den faschistischen Generälen stürzen lassen konnte.

Schließlich war ihre Existenz an die Existenz von Gewerkschaften, Parlamenten und Parteien, kurzum an die „Demokratie“, gebunden, und so konnten die Arbeiter, die den Faschismus als den gefährlichsten, direktesten Feind sahen, der ihnen gegenüberstand, die Hilfe der Volksfront annehmen, um sich nicht einer zu großen Übermacht gegenüberzusehen.

Der Verlauf des Kampfes hat diese Ansicht jedoch eindeutig widerlegt. Erklärungen von Volksfrontführern wie Prieto in den ersten Tagen nach dem Aufstand zeigten deutlich, dass sie einem Kompromiss mit Franco keineswegs abgeneigt waren, bei dem natürlich der revolutionäre Teil der Arbeiterklasse den Preis mit seinem Blut bezahlen müsste.

Doch die Unnachgiebigkeit des Proletariats einerseits und die Unnachgiebigkeit der Faschisten andererseits, die nicht nur mit den Anarchisten, sondern auch mit den Reformisten abrechnen wollten, machten dies unmöglich.

So begann der bewaffnete Kampf, in dem die revolutionären Organisationen der Arbeiter langsam von ihren sozialdemokratischen „Verbündeten“ erdrosselt wurden, während der Kampf selbst an die Interessen ausländischer Mächte verkauft wurde. Aber auch für den Kampf gegen den Faschismus selbst hat dies nicht viel gebracht, gerade weil diese ausländischen Mächte selbst immer mehr gezwungen waren, in ihren eigenen Ländern zu faschistischen Maßnahmen zu greifen.

Auch die Parolen des Krieges änderten sich, und nun, nach der Eroberung Kataloniens, ist in Negrins Erklärungen nirgends mehr zu lesen, dass der Kampf gegen den Faschismus gerichtet ist: Als Ziel des Kampfes wird nur noch die „Unabhängigkeit Spaniens“ genannt.

Die Haltung Englands zu Menorca, die französische Flüchtlingspolitik, die offene Anerkennung von Burgos, die jeden Moment zu erwarten ist, tragen nicht dazu bei, das Vertrauen in die „demokratischen“ Regierungen als Verbündete gegen den Faschismus zu stärken. Es ist klarer denn je, dass die Widersprüche zwischen „demokratischen“ und „faschistischen“ kapitalistischen Staaten, soweit sie existieren, nur mit imperialistischen Interessenkonflikten und nichts mit einem Mentalitätsunterschied zwischen den Regierungen zu tun haben. Das kürzlich abgeschlossene Handelsabkommen zwischen Russland und Italien ist ein würdiger Abschluss der „antifaschistischen Politik“ des „Vaterlandes der Arbeiter“.

Wenn die spanischen Arbeiter Opfer dieses Glaubens an die „Demokratie“ geworden sind, dann sind sie erst recht Opfer der Illusionen des internationalen Proletariats, das diese „Demokratie“ unterstützt hat.

Deshalb ist die erste Aufgabe, zu der Erkenntnis zu gelangen, dass die Arbeiter den Kampf gegen die Herrschenden nur mit ihrer eigenen Kraft führen können, dass die Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann.



DER DEUTSCHE STAAT ALS UNTERNEHMER

Angesichts der zahlreichen Diskussionen über die Bedeutung und Rolle des Staates im Wirtschaftssystem des Dritten Reiches ist es sinnvoll, die Tätigkeit der tatsächlichen Staatsbetriebe zu betrachten.

Das Staatliche Amt für Statistik stellt jährlich Zahlen über das Kapital und die Anzahl der Unternehmen des Staates zur Verfügung. Dazu gehören die Unternehmen, die zu 75 % oder mehr dem Staat gehören. Die bisher veröffentlichten Zahlen sind jedoch nur auf der Basis von Daten bis zum 1. April 1937 gültig.

Im Rahmen dieses Materials sind die staatlichen Unternehmen, die nach dem Vierjahresplan gegründet wurden oder sich noch im Aufbau befinden, nicht berücksichtigt. Die Großprojekte wie die Göring-Werke oder die Volkswagenfabrik zählen noch nicht dazu.

Am 1. April 1937 gehörten dem Staat insgesamt 302 Unternehmen mit einem Gesamtkapital von 1988 Millionen Reichsmark. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies einen Zuwachs von 17 Unternehmen und eine Kapitalerhöhung von 47 Millionen Mark. Darin nicht enthalten sind die Bahn mit 13 Milliarden Mark und die Post mit 2½ Milliarden, die seit jeher Staatsbetriebe sind.

Von diesen 302 Unternehmen hatten 275 die Form der A.G. oder G.m.b.H. mit einem Kapital von 1.654 Millionen Mark. Das sind 85 % des Kapitals aller öffentlichen Unternehmen.

Die Veränderung gegenüber dem Vorjahr ist sehr gering. Am 1. April 1936 gab es 253 Staatsbetriebe mit einem Kapital von 1.685 Mio. in Form von A.G. oder G.m.b.H. Anhand der Veröffentlichungen kann davon ausgegangen werden, dass bis Ende 1937 keine größeren Veränderungen stattfanden.

Der Anteil des Kapitals in den Staatsbetrieben im Verhältnis zur gesamten Geschäftswelt ist leicht zu berechnen. Ende 1937 besaßen alle A.G. und G.m.b.H., einschließlich der staatlichen Unternehmen, ein Gesamtkapital von 23,3 Milliarden. Die Beteiligung der staatlichen Unternehmen war etwa 7 %. Wenn man also die Eisenbahn und die Post außen vorlässt, kann man feststellen, dass es keine „Sozialisierung“ des Geschäftslebens gibt.

Die „geistige Vergesellschaftung“, von der Staatssekretär Brinkman kürzlich sprach, findet also nicht als Übernahme von Unternehmen statt. Vielmehr erfolgt der Eingriff des Staates so, dass der Staat zu einem „unsichtbaren Mitglied des Managements“ wird, wie es der Deutsche Volkswirt formuliert.

Die staatlichen Unternehmen verteilen sich wie folgt auf die Branchen:

WIRTSCHAFTSZWEIG:	KAPITAL IN MILLIONEN MARK:	
	Am 1. April 1936	am 1. April 1937
Wasser, Gas, Strom	604	611
Beteiligungsgesellschaften	355	345
Montane Industrie	303	299
Baufinanzierungsgesellschaften	150	213
Hafenunternehmen	110	110
Herstellung von Waffen, Maschinen und Metallerzeugnissen	71	75
Straßenbauunternehmen	51	51
Stickstoff und Kohlenhydrate	31	31
Land- und forstwirtschaftliche Betriebe	101	95

Wenn man bedenkt, dass die „Beteiligungsgesellschaften“ fast das gesamte Kapital der V.I.A.G. (hauptsächlich Elektrizitätsgesellschaft) und der V.E.B.A.G. (Bergbau und auch Elektrizität) umfassen, muss man zu dem Schluss kommen, dass die Tätigkeit des Staates als Unternehmer zum größten Teil im Bereich der allgemeinen Versorgung erfolgt.

Auch die Gründung der Göring-Werke, die das Staatskapital in der Montanindustrie auf über eine Milliarde bringt, kann den allgemeinen Charakter der Staatsbetriebe bis heute nicht wesentlich verändern (siehe: „Freies Deutschland“, 12. Januar 1939).



DIE NIEDERLAGE IN SPANIEN UND NEUE PERSPEKTIVEN

Katalonien ist nun vollständig von Francos Truppen besetzt. Menorca kapitulierte nach Verhandlungen, die von Frankreich und England zugunsten von Franco unterstützt wurden.

Die Kapitulation oder Eroberung Zentralspaniens ist nur noch eine Frage der Zeit.

Katalonien leistete keinen wirklichen Widerstand. Hungernd, ohne ausreichende Kleidung, ohne Treibstoff und auch in der Bewaffnung dem Gegner weit unterlegen, kämpfen unter solchen Bedingungen nur Truppen einer Revolution, die politisch erfolgreich ist. Und nur sie haben auch dann noch die Kraft, trotz allem unbesiegt zu sein. Denn nur sie überwinden die Waffen der Gegner, wenn sie die Menschen, die diese Waffen führen, für die revolutionäre Sache gewinnen.

Die dreizehn Punkte von Dr. Negrin bedeuten nichts, wofür man mit dem letzten Mut der Verzweiflung kämpft. Wenn es einen gewissen Widerstand gab, dann nur, um den Rückzug der Armee und die Flucht der Frauen und Kinder zu decken.

Der Großteil der katalanischen Armee überquerte mit einem Teil ihrer Waffen die französische Grenze, wo sie entwaffnet und in Konzentrationslager gebracht wurden.

Sie kamen nicht zu einem Verbündeten, der sie aufnahm, weil ihre Sache die seine war.

Nein, für das imperialistische Frankreich dienen die fliehenden Teile der republikanischen Armee, ihre Waffen, das Gold und die Kunstschatze des republikanischen Spaniens zum Feilschen, um die Nichteinmischungspolitik in Zusammenarbeit mit England zu einem guten Ende zu bringen.

Dies ist nach den Verhandlungen über Menorca selbst für den starrsten Anhänger der stalinistischen Politik offensichtlich. Die Politik der „Solidarität der Demokratien“ ist völlig gescheitert.

Heute kann Franco nicht mehr auf die Hilfe des britischen und französischen Imperialismus verzichten, um sich Italien und Deutschland entgegenzustellen, die Spanien zu einer von ihnen kontrollierten Einflussphäre machen wollen, ohne jedoch das anbieten zu können, was Franco so gut gebrauchen kann: Kapital.

Und warum sollten England und Frankreich diesen Vorteil gegenüber Deutschland und Italien nicht voll ausnutzen?

Solange sie imperialistische Staaten sind, werden sie nach imperialistischen Maßstäben handeln und nicht nach anderen.

Nicht die Imperialisten sind Verräter, sondern diejenigen, die sich als Vertreter des Proletariats ausgeben, und behaupten, dass die Interessen des Proletariats mit denen der imperialistischen Demokratien identisch sind.

Eine „demokratische Außenpolitik“ gibt es nicht, wie die bittere Erfahrung in Spanien ebenso deutlich gezeigt hat, wie sie gezeigt hat, dass die Politik der „Volksfront“ eine Politik ist, die – in Deutschland 1919, in Frankreich 1936, in Spanien und überall sonst – die aufkeimende revolutionäre Bewegung erstickt und die begonnene Revolution zerschlägt.

Die spanische Erfahrung hat die völlige Unfähigkeit von zwei Internationalen bewiesen, und auch, dass die Stalinisten die Organisatoren der Konterrevolution sind.

Die Tatsache, dass die Geschichte dies bewiesen hat, reicht jedoch nicht aus. Das klare Bewusstsein dafür muss verhindern, dass die Lektionen umsonst waren.

Die Konterrevolution, an deren Spitze Franco steht, ist jedoch keine faschistische Bewegung. Ihr fehlt die Massenbasis des konterrevolutionären Kleinbürgertums, das in entschiedener Opposition zum Proletariat steht. Deshalb kann er keine solche Knebel- und Schreckensherrschaft ausüben wie der italienische und deutsche Faschismus. Er, die Konterrevolution, ist dafür innerlich zu schwach.

Spanien wird jedoch weiter zurückgeworfen als selbst in der Reaktionszeit von Primo de Rivera, in der nur illegale revolutionäre Arbeit verrichtet werden konnte.

Aber der illegale Klassenkampf wird weitergehen, das Proletariat wird sich nicht zersplittern lassen. Der schärfste Widerstand der Arbeiter und Bauern gegen die Reaktion wird bleiben. Das gilt auch für die Erinnerungen an den heldenhaften Kampf. Selbst dort, wo revolutionäre Männer gefallen sind, werden Frauen und Kinder die Erinnerung bewahren, die den revolutionären Geist nährt und weiterentwickelt.

Aber auch die Folgen der Volksfrontpolitik bleiben bestehen. Wenn sich die Proletarier nur an den Kampf und die tödliche Feindschaft gegen die Konterrevolution erinnern, dann haben sie die Bedeutung der Revolution zu oberflächlich erfahren.

Solange die Erfahrungen der Volksfrontpolitik nicht in aller Deutlichkeit herausgearbeitet sind, leben sie ohne revolutionäre Perspektiven. Sie leben vor allem unter dem schrecklichen Druck, der sie der Ansicht ausliefert, dass alles verloren ist, weil der Sieg eine Frage der Waffen und der Nahrungsmittelversorgung ist.

Solange diese Meinung nicht verschwunden ist, solange sie nicht begreifen, dass es nicht um Gewalt, sondern um Politik geht, solange werden sie das Vertrauen in ihre eigene Stärke nicht zurückgewinnen.

Vor diesem Hintergrund ist in Spanien in naher Zukunft nicht mit einer revolutionären Massenbewegung zu rechnen. Aus zwei Gründen nicht: wegen des Terrors und der Unterdrückung durch die von Franco errichtete konterrevolutionäre Militär- und Polizeidiktatur und wegen des Fehlens einer revolutionären Perspektive in den breiten Volksmassen.

Doch eine revolutionäre Partei in Spanien hat nicht nur große Aufgaben, sondern auch große Perspektiven: Die Situation hier ist ähnlich wie in Frankreich.

Aber nur eine Partei, deren Führungskräfte ein klares Verständnis der spanischen Revolution und des spanischen Bürgerkriegs haben und die es versteht, alle Lehren daraus zu ziehen und sie gleichzeitig den derzeit enttäuschten und entmutigten Massen beizubringen, wird in der Lage sein, diese Aufgaben zu erfüllen und die Chancen zu nutzen. Dies ist übrigens eine große Übereinstimmung mit der Situation in Frankreich.

(Der obige Text wurde aus „Der Funke“, Organ der Marxisten-Internationalisten, entnommen; er ist der Hauptteil des ersten Artikels aus Nr. 1, Februar 1939)

